

Streit um Gedenkstätte in Stadthöfen

Linke findet **Ausstellung mit Café** unwürdig. Kulturbehörde hält dagegen

NEUSTADT :: Im neu entstehenden Büro- und Einkaufszentrum „Stadthöfe“ in der City wird ein „Ort der Erinnerung“ eingerichtet. Er soll an die Geschichte der Gebäude erinnern und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft würdigen. Doch es gibt Streit – um die Form des Gedenkens, den Begriff der Würde und den Ort selbst. Am Dienstag demonstrierten Kritiker nach einem Aufruf der Linkspartei und der Geschichtswerkstätten vor den Stadthöfen.

In den Gebäuden Am Neuen Wall 88 und Stadthausbrücke 4 waren von 1933 bis zur Ausbombung 1943 das Polizeipräsidium, die Leitung der Kripo und das Hauptquartier der Gestapo untergebracht. Linkspartei, Verfolgtenverbände und Geschichtswerkstätten kritisierten die Pläne von Kulturbehörde und Investor Quantum. Die Linke kündigte einen Bürgerschaftsantrag zum Thema an.

Der Linken-Bürgerschaftsabgeordnete Norbert Hackbusch warf Stadt und Bauherrn vor, keinen geeigneten Träger für die Gedenkstätte und kein erinnerungshistorisch professionelles Konzept dafür entwickelt zu haben. „Immerhin geht es um den zentralen Ort der Stadt,

an dem gefoltet wurde“, sagte Hackbusch. Die jetzt ergangene behördliche Einladung zu einem Beteiligungsverfahren komme viel zu spät.

Kultursenator Carsten Brosda: „Mit dem ‚Ort der Erinnerung‘ soll in den Stadthöfen künftig erstmals umfänglich über die Vergangenheit des Gebäudes als Zentrale des Terrors informiert werden: Wir wollen einen echten Ort des Gedenkens und des kritischen Austausches schaffen.“ Bisher waren zur Würdigung des historischen Ortes nur zwei Gedenktafeln am Gebäude angebracht. Jetzt soll auf einer Hauptfläche im westlichen Ein-



Etwa 120 Demonstranten protestieren vor den Stadthöfen am Neuen Wall Joto

gang eine Ausstellungsfläche von etwa 70 Quadratmetern eingerichtet werden. Die wechselnden Inhalte sollen von der Stadt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme kommen oder koordiniert werden, hieß es aus der Kulturbehörde. Zudem sind Kultur- und Forschungsinstitutionen, Geschichtswerkstätten, Verbände und Initiativen eingeladen mitzuwirken.

Derzeit ist ein „Dreiklang von Ausstellung, Buchhandlung und Literatur-Café“ vorgesehen, der von Hackbusch rundweg abgelehnt wird. „Der Gedenkort soll organisiert werden von jemandem, der nicht in erster Linie das Gedenken sichert, sondern den Broterwerb mit dem Buchladen. Diese Verbindung geht einfach nicht.“

Die Kulturbehörde findet die Kritik unfair. Mit Stephanie Krawehl, der Betreiberin des Cafés, sei von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine sehr anerkannte Persönlichkeit vorgeschlagen worden, die bereits gezeigt habe, dass sie der Aufgabe gewachsen sei. Die Stadt hatte beim Verkauf des Gebäudes an Investor Quantum 2009 im Kaufvertrag festgeschrieben, dass ein „würdiger Ort der Erinnerung“ eingerichtet wird. (axö)